

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Den Krieg aus den Köpfen kriegen. Vladimir Kazanevsky, Cartooning for peace, 2024

AZB 4001 Basel  
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG

## UKRAINE

# Seminar zur psychischen Gesundheit

**Vom 1. bis 7. April 2025 haben wir zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren eine Woche lang Seminare und Workshops im Hostel in Nischnje Selischtsche in Transkarpatien zum Thema psychische Gesundheit mit zwei Trainerinnen aus der Schweiz und Frankreich organisiert.**

Transkarpatien, im westlichsten Teil der Ukraine, ist eine Region, die von den Bombardierungen wenig betroffen ist, dennoch sind die Auswirkungen des Krieges nach drei Jahren Konflikt sehr präsent. Es herrscht ein Klima der Besorgnis, eine gewisse Resignation hinsichtlich des Ausgangs des Konflikts und wenig Möglichkeiten, sich vorzustellen, was die Zukunft bringen wird. Es fehlen die Worte, um dies auszudrücken. All dies ist charakteristisch für eine «kollektive Traumatisierung», also einen Zustand anhaltender Belastung. Zeuge oder Zeugin von Zerstörung zu sein, Angehörige in Gefahr zu wissen und nicht auf die Situation Einfluss nehmen zu können, kann traumatisierend sein. Kriege dauern lange und hinterlassen, unabhängig von ihrem Ausgang, tiefe Spuren, die in der – hoffentlich bald beginnenden – Wiederaufbauphase berücksichtigt werden müssen. Das Risiko eines neuen Flüchtlingszustroms in den kommenden

Monaten scheint schwer einzuschätzen, muss jedoch in Betracht gezogen werden.

Zwar konnten die Fachkräfte vor Ort verschiedene Schulungen zum Umgang mit den traumatischen Folgen eines gewalttätigen Ereignisses absolvieren, doch müssen noch Schulungen zur langfristigen Bewältigung der Konsequenzen einer Stresssituation, der wiederholten Gefährdung des eigenen Lebens oder des Lebens von Angehörigen entwickelt werden. Auch Schulungen zur Anpassung der Interventionsmethoden an Situationen, in denen ganze Gemeinschaften betroffen sind, sind notwendig. Dabei geht es nicht um individuelle Behandlungen, sondern um Möglichkeiten der kollektiven Unterstützung zur Verarbeitung der Ereignisse und zum Wiederaufbau sowie um Massnahmen auf Gemeindeebene.

Die Trainerinnen der vom EBF organisierten Schulung sind Frédérique Drogoul, Psy-

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Ende März fand das dreitägige Treffen des Europäischen Bürger:innen Forums in Südfrankreich statt. Unsere Treffen finden zweimal jährlich an verschiedenen Orten statt. Dieses Mal nahmen Freundinnen und Freunde aus Syrien, dem Libanon, dem Irak, Deutschland, Rumänien, Griechenland, der Ukraine, Bosnien, Österreich, der Schweiz und Frankreich teil. Diese Zusammenkunft war höchst interessant und intensiv. Viele Informationen wurden ausgetauscht und weitere gemeinsame Projekte geplant, über die wir nach und nach informieren werden. In diesem Archipel findet Ihr, unter anderem, einen Artikel über Syrien, einen über Serbien, sowie Informationen über unsere verschiedenen Engagements in der Ukraine – und diesbezüglich die Einladung zu einer Veranstaltung in der Schweiz.

Der Österreich-Ausgabe dieses Archipels liegt eine Aufforderung bei, den gerade kreierte österreichischen Newsletter zu abonnieren, der komplementär zum Archipel fungieren wird.

Auch wenn es nach dem erneuten mörderischen Anschlag Russlands auf das ukrainische Sumy und angesichts des täglichen Tötens in Gaza fast nicht möglich ist, versuchen wir zuversichtlich zu sein – im Wissen, dass sich in etlichen Ländern Menschen zu Protest- und Widerstandsbewegungen zusammengefunden haben.

Constanze Warta

Einer der zahlreichen Erfahrungsberichte: «Ich möchte Ihnen ganz herzlich für diese unglaubliche Fortbildung für Psychologen danken, die für mich nicht nur eine berufliche Bereicherung war, sondern auch eine Quelle der Wärme, Inspiration und Erholung. Mein besonderer Dank gilt Marulla und Frédérique für ihre Sensibilität, Aufrichtigkeit und Professionalität. Ihr habt es geschafft, mit viel Feingefühl und Präzision die schmerzhaften Themen, mit denen wir täglich arbeiten, ans Licht zu bringen und gleichzeitig einen Raum zu schaffen, in dem es leicht war, zu atmen, sich auszutauschen und mit uns selbst und unseren Kollegen in Kontakt zu treten. Das ist sehr wertvoll.»

Irina M.

chiaterin aus Paris, die lange Zeit für «Ärzte ohne Grenzen» in Kriegsgebieten (z. B. Tschetschenien) sowie in Krisensituationen gearbeitet hat, und Marulla Hauswirth, Psychologin aus Lausanne, die über langjährige Berufserfahrung in der Arbeit mit Geflüchteten in der Schweiz verfügt, die während bewaffneter Konflikte (insbesondere in Bosnien und im Kosovo) schwere Traumata erlitten haben. Unser übergeordnetes Ziel war es, den verschiedenen Berufsgruppen, die mit Menschen in Kontakt stehen, die vom aktuellen Krieg in der Ukraine betroffen sind, einen Raum zum Nachdenken, zur Weiterbildung und zur Erholung zu bieten. Je nach den Bedürfnissen der einzelnen Gruppen und zur Vorbeugung von Burnout vermittelten Frédérique und Marulla theoretische Grundlagen, Vorgehensweisen vor Ort und von ihrer eigenen Erfahrung inspirierte Techniken zur Regeneration. Da wir uns bewusst waren, dass die Teams vor Ort bereits über umfangreiche Erfahrungen verfügen und schon verschiedene Traumata-Schulungen absolviert hatten, ging es uns vor allem darum, die Umsetzung des mitgebrachten Wissens, das

oft in anderen Kontexten erworben worden war, auf die spezifische Situation in der Ukraine anzuwenden. Ein gemeinsames Ziel war es, die Integration spezifischer Praktiken zu festigen und an den Risiken der beruflichen Erschöpfung zu arbeiten.

Das Seminar im April bestand aus vier Teilen: 1. Treffen mit den Menschen, die in den «Kunstcamps» arbeiten, 2. Treffen mit den Menschen im Dorf: Unterkunft, Aufnahme von Geflüchteten, 3. Schulung von Psycholog:innen und Therapeut:innen, die sich um Vertriebene und/oder um sonst direkt vom Krieg Betroffene kümmern, 4. Schulung von Psychiater:innen

Wir können sagen, dass das Seminar sehr gut angenommen wurde und die meisten Teilnehmer:innen die Ausbildung fortsetzen möchten. Wir beabsichtigen daher, für Ende dieses Jahres ein drittes Seminar zu organisieren. Auf der Website des EBF ([www.forumcivique.org](http://www.forumcivique.org)) finden Sie einen ausführlichen Bericht mit Fotos von diesem Workshop.

Julia Poppei und Paul Braun

## GESTERN – HEUTE – MORGEN

# Oasen des Friedens schaffen

**Im Dezember 1992 gründeten 40 Schweizer Gemeinden die Initiative «Gemeinden Gemeinsam», um Partnerschaften zwischen Gemeinden im ehemaligen Jugoslawien und in der Schweiz aufzubauen. Ziel war es, die Gemeinden zu unterstützen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und gegen den Krieg einsetzten.**

Mit dem Zerfall Jugoslawiens 1992 sind in Europa Kriege ausgebrochen – eine Vorstellung, die mit der Einigung Europas als überholt, sogar unmöglich erschienen war. Europa präsentierte sich als «zivilisierter» Raum. Zahlreich waren die internationalen Konventionen und Abkommen, die nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichnet worden waren – der Zusammenschluss der Staaten zur Organisation der Vereinten Nationen 1945, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948, die Genfer Konventionen 1949, die Europäische Menschenrechtskonvention 1950, die Flüchtlingskonvention 1951. Sie liessen glau-

ben, dass wir, zumindest in Westeuropa, die Barbarei hinter uns gelassen hatten und der Weg zu einer Periode dauerhaften Friedens geebnet war. Ein Trugbild – setzte sich doch die Unmenschlichkeit das ganze 20. Jahrhundert über fort. Sie wurde in die «kolonisierten» Länder exportiert und führte zu Kriegen in Vietnam, im Nahen Osten, in Algerien und anderswo auf der Welt. Der Aufstieg Gorbatschows in der UdSSR und in der Folge der «Mauerfall» weckten die Hoffnung auf ein Ende des Kalten Krieges, der die Beziehungen zwischen der sogenannten «kapitalistischen» und der «kommunistischen» Welt belastete.

Der Krieg vor unserer Haustür hat uns dann kalt erwischt. Wie konnten wir auf diesen Albtraum reagieren, um nicht in eine Depression zu verfallen? Das Europäische Bürger:innen Forum (EBF) pflegte schon lange vor dem Krieg zahlreiche Freundschaften mit Menschen in Jugoslawien, insbesondere durch die Teilnahme einiger von uns an mehreren Jugendlagern in den 1980er Jahren in Jugoslawien und an den internationalen EBF-Treffen in der Provence. Das EBF lancierte daraufhin mehrere Initiativen zur Unterstützung von Bürger:innenbewegungen, die sich für Frieden im ehemaligen Jugoslawien einsetzten: Gründung einer «Jugoslawien-Konferenz», Delegationen mit Vertreter:innen der verschiedenen Kirchen ins ehemalige Jugoslawien, Aufbau eines Journalist:innennetzwerks zwischen den verschiedenen Republiken Ex-Jugoslawiens (AIM), Aufruf zur Unterstützung und Aufnahme von Kriegsdeserteuren in europäischen Ländern. In der Schweiz lud das EBF zu einer Tagung in Delémont ein, die unter dem Patronat des Stadtpräsidenten Jaques Stadelmann stattfand. Ein wichtiger Beitrag kam von Paul Hermant von «Causes Communes Belge», das kurz zuvor von zahlreichen Gemeinden gegründet worden war, um Partnerschaften zwischen Gemeinden in Belgien und in Ex-Jugoslawien aufzubauen. In Belgien, wie in

vielen anderen europäischen Ländern, wollten «einfache» Bürger:innen auf die katastrophalen Auswirkungen des Krieges reagieren. Es fehlte jedoch eine geeignete Struktur, um diese guten Absichten umzusetzen.

## Austausch und Unterstützung

So entstand die Idee, dass Bürger:innen ihre Gemeinden als nächststehende politische Instanz mobilisieren, um ihren Einsatzwillen zu bündeln. Diese Idee überzeugte auch an der EBF-Tagung und es wurde ein Initiativkomitee zur Gründung von «Gemeinden Gemeinsam Schweiz» (GGS) gebildet. Das Komitee lud die Schweizer Gemeinden zu einer «Tagung der Gemeinden zur Lage im ehemaligen Jugoslawien» ein. Im Dezember 1992 wurde GGS von Vertreter:innen von rund 40 Schweizer Gemeinden offiziell gegründet. In Begleitung von Milo Petrovic, Soziologe aus Belgrad, bereiste daraufhin eine GGS-Delegation mehrere ex-jugoslawische Republiken, um Gemeinden zu identifizieren, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und gegen den Krieg einsetzten. In der Folge konnten über 150 Schweizer Gemeinden, zusammengefasst in 19 Regionalkomitees, Partnerschaften mit ex-jugoslawischen Gemeinden aufbauen. Dutzende von Gemeinde-Delegationen, oft finanziert von den beteiligten Freiwilligen, setzten daraufhin ihre Bereitschaft zum Austausch und zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in den Partnergemeinden in die Tat um. Und meist war es Milo, der sie mit seinem Übersetzungstalent begleitete, sowohl bei den Begegnungen im ehemaligen Jugoslawien als auch in der Schweiz. Neben der unmittelbaren

humanitären Hilfe für die von den ex-jugoslawischen Gemeinden aufgenommenen Flüchtlinge konzentrierten sich die Partnerschaften vor allem auf den Austausch in Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit und in anderen Bereichen. Aus diesen Gemeindepартnerschaften, auf beiden Seiten von Freiwilligen getragen, entstanden manche Freundschaften und Verbindungen, die bis heute andauern.

Heute herrscht erneut Krieg vor unserer Haustür, in der Ukraine, im Libanon, in Palästina. Die nach dem Zweiten Weltkrieg unterzeichneten Abkommen werden mit Füssen getreten, eines nach dem anderen. Nationalstaaten führen Krieg im Namen des Volkes. Aber wie im ehemaligen Jugoslawien ist es nicht das Volk, das diese Kriege will. Meist sind es wirtschaftliche oder politische Interessen ehrgeiziger Führer, die den Konflikten zugrunde liegen. Was können wir als Bürger:innen also tun? An die Einhaltung der Konventionen der Nachkriegsjahre appellieren? Oder überlegen, wie wir neue Oasen des Friedens schaffen können? Jedenfalls können wir nicht tatenlos zusehen.

Raymond Gétaz

## Partnerschaften zwischen Gemeinden in der Schweiz und in der Ukraine

Nach dem Vorbild der Aktion «Gemeinden Gemeinsam», die in den 1990er Jahren Partnerschaften zwischen Schweizer Gemeinden

und solchen im ehemaligen Jugoslawien aufbaute, haben wir jetzt für die Ukraine ein ähnliches Ziel. Während deutsche Städte und Dörfer inzwischen mehr als 200 formelle und informelle Partnerschaften mit ukrainischen Gemeinden unterhalten, sieht die Bilanz in der Schweiz eher mager aus. Deshalb haben wir erste Kontakte geknüpft, um dies zu ändern. Mit der langjährigen Präsenz vom Europäischen Bürger:innen Forum in der Ukraine kennen wir viele zivilgesellschaftliche Initiativen und Gemeinden, die an einer Partnerschaft interessiert wären und deren Vertreter:innen nicht korrupt sind. Ein erster Schritt zu einer Partnerschaft ist das gegenseitige Kennenlernen. Deshalb laden wir interessierte Gemeindevertreter:innen aus der Schweiz in den westlichsten Teil der Ukraine nach Transkarpatien ein. Hier handelt es sich um die einzige Region, die von den Bombardierungen (mit zwei geringfügigen Ausnahmen) verschont wurde und daher ohne Lebensgefahr besucht werden kann. Zwar scheint hier der Schrecken des Krieges weit weg, aber über 300.000 Geflüchtete aus dem Osten und Süden des Landes – auf rund 1,2 Millionen Einwohner:innen vor dem Krieg – haben hier, im westlichsten Zipfel der Ukraine, Zuflucht gefunden. Das bedeutet, dass die Gemeinden eine immense Integrationsarbeit leisten müssen. Wenn Sie in Ihrer Stadt oder Ihrem Dorf Interesse an der Idee einer Partnerschaft haben oder diese dort einbringen wollen, nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf.

Michael Rössler

## MILO PETROVIC (1944 – 2025)

### Im Gedenken an Milo Petrovic unseren jugoslawischen Partner von Gemeinden Gemeinsam Schweiz.

«Wie soll ich das sagen?» Diesen Satz bekamen wir von Milo immer wieder zu hören. Er zeigt deutlich, wie sehr er darum bemüht war, sich verständlich zu machen, das richtige Wort zu finden, und wenn er es nicht fand, erfand er es, indem er Adjektive in Adverbien umwandelte – «ungefähr so»! Milo war mehr als ein Übersetzer, er war unser Freund! Im Austausch mit unseren Gesprächspartner:innen in Montenegro war er stets darauf bedacht, dass die Kommunikation reibungslos verlief. Wie oft wies er uns darauf hin: «So wie ihr es ausdrückt, kann ich das nicht übersetzen.» Und er schlug eine andere Formulierung vor: «Seid ihr damit einverstanden?»

Wir haben Milo vor über 30 Jahren kennengelernt, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien war gerade ausgebrochen. Milo war Mitglied des EBF, welches die Aktion GGS ins Leben gerufen hatte. In seiner Begleitung erkundete GGS im ehemaligen Jugoslawien (Kosovo, Montenegro, Serbien, Bosnien) Gemeinden, die für eine Partnerschaft mit Schweizer Gemeinden oder Vereinigungen in Frage kamen. Dem Neuenburger Berggebiet wurde die

Gemeinde Plav zugeteilt, aufgrund ihrer Höhenlage sind sich die beiden Gebiete ähnlich. Milo war so freundlich, als Garant für unsere Kontakte zu wirken. Während 25 Jahren fanden zahlreiche Begegnungsreisen statt, von den Neuenburger Bergen nach Plav und umgekehrt. Zunächst lieferten wir materielle Hilfe, es folgten Vermittlung von Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft, Austausch von Lehrer:innen und Lernenden, Begleitung von Schulklassen und nicht zuletzt freundschaftliche Begegnungen. Milo war immer dabei, hat uns beraten, seine Sichtweise dargelegt und uns manchmal gar dazu gedrängt, noch mehr zu tun. Wir sind dankbar, Milo gekannt zu haben. Sein grosses Herz und seine tiefe Menschlichkeit haben uns ermöglicht, zu wachsen und uns für andere Kulturen zu öffnen. Wir danken ihm, für seine Zeichen der Freundschaft, für alles, was er für uns war. Wie soll ich das sagen? Sein Humor und sein Engagement werden uns fehlen!

Mariette Mumenthaler,  
Causes Communes des Montagnes neuchâteloises

# Wer hilft wem?

**Die Schweiz hilft der Ukraine: Der Bundesrat hat 1,5 Milliarden Franken an Wiederaufbauhilfen bis 2028 vorgesehen. Davon sollen aus dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit allein 500 Millionen über die Schweizer Wirtschaft laufen.<sup>1</sup> Was als «Win-win-Situation» vom Bundesrat verkauft wird, sehen ukrainische zivilgesellschaftliche Initiativen und Schweizer Hilfswerke sehr kritisch.**

«Alliance Sud», das mit Schweizer Hilfswerken verbundene Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, erklärte dazu am 20. März dieses Jahres: «Damit kehrt die Schweiz zur mittlerweile verpönten Strategie der gebundenen Hilfe ('tied aid') zurück, was bedeutet, dass Entwicklungsgelder an die Bedingung der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus den gebenden Ländern geknüpft werden. Dies ist nicht nur paternalistisch, sondern schadet auch der lokalen Wirtschaft und kostet im Durchschnitt mindestens 15 bis 30 Prozent mehr als eine freie Wahl der Anbieter:innen durch die Länder selbst. Auch andere Länder, wie beispielsweise Frankreich, unterstützen ihre Unternehmen beim Wiederaufbau der Ukraine; jedoch ist die Schweiz das einzige europäische Land, das dies aus dem bereits stark zusammengeschrumpften Entwicklungsbudget finanziert. Alliance Sud setzt sich weiterhin dafür ein, dass für den Wiederaufbau der Ukraine und vor allem für die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor zusätzliche Mittel ausserhalb der Entwicklungszusammenarbeit gesprochen werden. Zudem fordert Alliance Sud vom Bundesrat volle Transparenz bezüglich des Staatsvertrages<sup>2</sup> und der Auswahl der Schweizer Firmen, welche Förderbeiträge erhalten sollen. Es sollen nur Firmen unterstützt werden, die Güter und Dienstleistungen anbieten, die nicht von ukrainischen Firmen angeboten werden können. Ausserdem müssen alle finanzierten Projekte einen klaren entwicklungsrelevanten Mehrwert bieten, strikte Kriterien bezüglich Nachhaltigkeit, Korruptionsbekämpfung und von Menschenrechten befolgen und zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen.»<sup>3</sup>

## Die Zivilgesellschaft berücksichtigen!

Transparenz ist auch eine der Hauptforderungen von verschiedenen Initiativen der ukrainischen Zivilgesellschaft. Wo der ukrainische Staat versagt – und der Staat versagt sehr oft – ist die Zivilgesellschaft aktiv: bei den Evakuierungen aus den bombardierten Gebieten, bei der Essensausgabe für zehntausende Menschen, bei der Betreuung von Kriegstraumatisierten und Geflüchteten sowie bei vielem mehr. Ohne diese Initiativen könnte die Ukraine nicht überleben. Doch die offizielle Schweiz berücksich-

tigt sie kaum in ihrem Hilfsprogramm. Umso mehr stellen sich Schlüsselfragen hinsichtlich der tatsächlichen Verteilung der Schweizer Gelder und ihrer Auswirkungen auf die ukrainische Bevölkerung:

- **Transparenz und Rechenschaftspflicht:** Wer sind die Hauptempfänger:innen der Schweizer Entwicklungsgelder in der Ukraine? Werden die Zuweisungen und Verträge öffentlich bekannt gegeben?

- **Beteiligung des Schweizer Privatsektors:** Welche Schweizer Unternehmen profitieren direkt oder indirekt? Werden Gelder in grosse Unternehmen geleitet, die nur begrenzten Nutzen für die betroffene Bevölkerung haben?

- **Auswirkungen auf die ukrainische Bevölkerung:** Wie führen diese Gelder zu spürbaren Verbesserungen für die ukrainische Bevölkerung? Profitieren lokale Unternehmen und Gemeinden davon?

Wenn nicht genau mit integren Partner:innen vor Ort geprüft wird, wohin die Gelder gehen, kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass diese in korrupte Kanäle fliessen. Im Worst-Case-Szenario könnte es auch zu Mauscheleien und Verfälschungen zwischen Schweizer Entscheidungsträger:in-

nen, Finanzinstituten, privatwirtschaftlichen Unternehmen und ukrainischen Oligarch:innen kommen, die dann jeweils von diesen Mitteln profitieren. Dies muss auf alle Fälle verhindert werden.

Wir vom Europäischen Bürger:innen Forum kennen, dank unserer jahrzehntelangen Erfahrung vor Ort, zahlreiche Projekte, die den Menschen direkt zugutekommen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Wir verlassen uns auf vertrauenswürdige lokale Initiativen, Organisationen und Basisbewegungen. Sie haben wertvolle Ideen, wie der Bevölkerung am besten geholfen werden kann. Wir wollen erreichen, dass sie von der offiziellen Schweiz endlich gehört und berücksichtigt werden! Um dieses Anliegen zu unterstützen, kommen die ukrainische Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk vom «Center for Civil Liberties» und der ehemalige Euromaidan-Aktivist und Anti-Korruptionsexperte Mustafa Najjem am 18. Juni nach Bern. Sie sind von befreundeten Nationalräten eingeladen, um in einem Saal im Bundeshaus interessierten Parlamentarier:innen und (warum nicht?) Bundesratsmitgliedern Auskunft zu geben. Am Abend desselben Tages findet dann in einem Raum der «Französischen Kirche» in Bern (Zeughausgasse 8) eine öffentliche Veranstaltung mit unseren Gästen statt, zu der wir alle herzlich einladen: Aperitif 18.30 Uhr, Veranstaltungsbeginn 19 Uhr.

Michael Rössler

1. Die Gelder gehen zunächst an Unternehmen, die schon in der Ukraine tätig sind, in einer zweiten Phase dann auch an solche, die von der Schweiz aus operieren.

2. Der Ständerat hat im März 2025 eine Motion für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Ukraine-Hilfe angenommen, der Nationalrat jedoch diese abgelehnt. Währenddessen treibt der Bundesrat in dieser Frage einen Staatsvertrag mit der Ukraine voran – im Gegensatz und als Alternative zu einem Gesetz.

3. [www.alliancesud.ch](http://www.alliancesud.ch)



Die ukrainische Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matwijtschuk vom «Center for Civil Liberties».

# Was geschieht in Serbien?

**Am 1. November 2024 um 11:52 Uhr stürzte das Betonvordach des neu renovierten Bahnhofs in Novi Sad ein. Dabei kamen 14 Menschen ums Leben (das jüngste Opfer war ein sechsjähriges Mädchen) und drei wurden schwer verletzt, von denen zwei später starben: eine 24-jährige Frau und ein 19-jähriger Mann. Da die Regierung 65 Millionen Euro an Steuergeldern für die Renovierung ausgegeben hatte, wurde diese Tragödie zum Symbol für jahrelange Vernachlässigung und Korruption.**

Eineinhalb Jahre zuvor waren die Bürger:innen Serbiens von zwei Tragödien erschüttert worden. Am 3. Mai 2023 tötete ein 13-jähriger Junge bei einer Schiesserei in einer Schule in Belgrad neun Schüler:innen und einen Wachmann, und in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai tötete ein 21-Jähriger neun Menschen und verletzte 13 weitere. Die schockierten Bürger:innen gingen auf die Strasse, und die Opposition bildete eine Koalition «Serbien gegen Gewalt» und organisierte Proteste. Als die Regierung jedoch Parlamentswahlen ankündigte, zerbrach die Koalition. Einige Parteien nahmen an den Wahlen am 17. Dezember 2023 teil, während andere zum Boykott aufriefen und behaupteten, die Regierungspartei und ihr loyaler Koalitionspartner (einst gegründet und geführt von Slobodan Milosevic) würden die Wahlen manipulieren, solange keine fairen Bedingungen gewährleistet seien. Die regierende Koalition, die «Serbische Fortschrittspartei» (SNS), errang einen überzeugenden Sieg, und die verwirrten Wähler:innen der Opposition (wählen oder nicht wählen?) waren verbittert.

Die Regierung konnte nicht direkt für die Tragödien vom Mai verantwortlich gemacht werden, doch gab es viele öffentliche Diskussionen über die Art der Gesellschaft, in der wir leben. Der Einsturz der Überdachung war eine andere Sache. Sie vertiefte das bereits bestehende Bewusstsein, dass Korruption in der gesamten Gesellschaft und insbesondere im Bausektor herrscht.

## Was wollen die Studierenden?

Die Fakultät für Darstellende Künste war die erste, die eine Fakultätsblockade organisierte, bald darauf folgten die meisten anderen Fakultäten (75 Prozent der Fakultäten in Serbien stehen unter vollständiger studentischer Kontrolle), Gymnasien und sogar Grundschulen, unterstützt von ihren Professor:innen, Lehrer:innen, Eltern und anderen Bürger:innen. Im Dezember verkündeten die vereinigten Student:innen ihre vier Forderungen, von denen die erste die wichtigste war: Die Freigabe aller Unterlagen im Zusammenhang mit dem tödlichen Unfall sowie die strafrechtliche Verfolgung und Bestrafung der Verantwortlichen, die Identifizierung und Bestrafung der Personen, die friedlich an den Protesten teilnehmende Student:innen und Bürger:innen angegriffen und verletzt haben, die sofortige Einstellung der Verfahren gegen Studierende, die während der Proteste fest-

genommen wurden und viertens die Aufstockung der staatlichen Mittel für die Hochschulbildung.

Obwohl diese Forderungen im Vergleich zum Ausmass der Proteste gering erschienen, konnte die Regierung sie, vor allem die erste Forderung, nicht erfüllen, ohne dass ihre Korruption offen zu Tage getreten wäre. Einige Dokumente wurden veröffentlicht, die wichtigsten jedoch nicht. Ein weiteres halbherziges Zugeständnis der unter Druck geratenen Regierung war der Rücktritt des Premierministers Ende Januar 2025, der zum Sturz der Regierung führte.

Die Struktur der Student:innenproteste ist horizontal (keine Hierarchie, keine Anführer:innen). Die Organisation und Entscheidungsfindung erfolgt durch direkte Demokratie. Alle Entscheidungen werden in Plenarsitzungen getroffen, die über soziale Netzwerke miteinander kommunizieren und ihre Entscheidungen auf der Website der Studierenden und in unabhängigen privaten Medien veröffentlichen.

## Schweigeminuten und ein Marsch

Die Bürger:innen Serbiens folgten massiv dem Aufruf der Studierenden, täglich die Strassen zu blockieren und der Opfer des Unglücks in Novi Sad mit 15 Minuten Schweigen zu gedenken – eine Minute für jedes Opfer (für das 16. Opfer in Novi Sad und für die Opfer des Brandes in Nordmazedonien wurden weitere Minuten hinzugefügt). In vielen Städten und Dörfern Serbiens fanden Proteste statt. Die Bürger:innen äuserten ihren Willen noch deutlicher: das Ende der dreizehnjährigen Herrschaft der regierenden «Serbischen Fortschrittspartei» (SNS) und ihres inoffiziellen, aber absoluten Führers, Aleksandar Vučić, dem aktuellen Präsidenten Serbiens<sup>1</sup>. Die Student:innen hielten sich jedoch von allen Parteien und der Politik im engeren Sinne fern.

Ende Januar begannen Studierende aus ganz Serbien, quer durch das Land zu marschieren, um an lokalen Protesten teilzunehmen, möglichst viele Menschen zu treffen und unterwegs «Liebe zu verbreiten». Studierende und Schüler:innen legten zu Fuss die Strecke von Belgrad nach Novi Sad (95 Kilometer) zurück, dann von Novi Sad und Belgrad nach Kragujevac (239 Kilometer bzw. 139 Kilometer) und von Novi Sad und Belgrad nach Niš (328 Kilometer bzw. 240 Kilometer). Scheinbar endlose Kolonnen jun-

ger Menschen mit Fahnen und Transparenten wurden zum alltäglichen Bild. Die Anwohner:innen begrüßten sie herzlich, selbst die Ärmsten boten ihnen Brot, Obst und uneingeschränkte Unterstützung an. Bei längeren Pausen kümmerten sich örtliche Ärzt:innen und Medizinstudent:innen um ihre Füße. Die Student:innen bedankten sich dafür, dass die Unterstützung der Menschen ihnen Kraft zum Durchhalten gebe, und säuberten jeweils alle Bereiche gründlich, in denen die Proteste stattgefunden hatten. Gerne würde ich über verschiedene Beispiele für diese Solidarität berichten, wie z.B. über Hunderte von Taxifahrer:innen, die zu all diesen Orten fuhren, um die Student:innen nach ihren Demonstrationen zurückzufahren – natürlich kostenlos. Doch die Liste der unterstützenden Aktionen wäre zu lang.

## Einsatz einer Schallkanone

Am 15. März kamen dann Studierende aus ganz Serbien zu Fuss nach Belgrad, um an einer Massenprotestaktion teilzunehmen. Ihnen folgten viele Bürger:innen, die grösstenteils mit dem Auto gekommen waren. (Der öffentliche Nahverkehr war an diesem Tag eingestellt worden.) Über 300.000 Menschen versammelten sich in den Strassen rund um das Parlament. Abgesehen von viel Lärm verlief die Demonstration sehr ruhig. Um 19:15 Uhr begann die fünfzehnminütige Schweigeminute für die Opfer, die jedoch zwölf Minuten später durch etwas unterbrochen wurde, das Panik auslöste. Tausende Bürger:innen beschrieben die Situation, wie sie sich in diesem Moment fühlten und welche gesundheitlichen Folgen sie davongetragen hatten (Gehörschäden, Fehlfunktionen von Herzgeräten, psychische Traumata). Militär-expert:innen behaupteten, es habe sich um eine Schallwaffe gehandelt, und die Studierenden fügten eine fünfte Forderung hinzu: die Untersuchung des Vorfalles und die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Der Präsident erklärte, dass Schallwaffen in Serbien nicht legal seien und weder die Polizei noch die Armee über solche Waffen verfügten. Als die Opposition Beweise für das Gegenteil vorlegte, gab der Polizeiminister zu, dass mehrere solcher Waffen gekauft worden seien, «aber wir haben sie noch nicht einmal ausgepackt». Neue Beweise und eine neue offizielle Erklärung: «Ja, die Geräte waren am 15. auf der Strasse, aber wir haben sie nicht eingesetzt.» Die Schlussfolgerung der Regierung: Entweder handelte es sich um eine kollektive Hysterie von Tausenden von Menschen, oder ihr Verhalten wurde von den Organisator:innen der Proteste choreografiert. Unterdessen kam der russische Geheimdienst, der von der Regierungspartei als Expertengremium hinzugezogen worden war, zu dem Schluss, dass «keine Schallwaffen eingesetzt worden seien». Die Aktion der Demonstrant:innen sei eine «sorgfältig choreografierte Inszenierung» gewesen.

## Lügen und schlechte Kopien

Es gab noch viele andere grosse Lügen. Beispielsweise behauptete der Präsident nach dem Einsturz des Vordachs, dass dies der einzige Teil des Bahnhofs sei, der nicht renoviert worden war. Der Präsident beharrte auch darauf, die Proteste als «bunte Revolution» zu



bezeichnen, die aus dem Ausland bezahlt und organisiert worden sei, ohne jedoch zu verraten, von wem. Offensichtlich nicht von der EU, die den amtierenden Präsidenten (der Lithium und eine Lösung für den Kosovo versprochen hat) offiziell unterstützt, und auch nicht von China, Russland oder den USA, die mit den serbischen Autoritäten befreundet sind.

Seit Beginn der Proteste hat die Regierung in ihren loyalen Medien Ziele festgelegt. Während einiger der ersten Verkehrsblockaden fuhren mehrere Autos in die Menge. In Novi Sad wurden mehrere Student:innen geschlagen. Einem Mädchen wurde der Kiefer gebrochen und vier Zähne ausgeschlagen (von SNS-Mitgliedern und Anhänger:innen). Kürzlich wurde der Dekan der Philosophischen Fakultät von Niš in die Hand gestochen. Journalist:innen der oppositionellen Medien wurden mehrfach verbal und körperlich angegriffen. Es wäre schwierig, alle aufzuzählen, die festgenommen oder zu einem «informativen Gespräch» eingeladen wurden.

Die Behörden versuchen ausserdem, die Studierenden zu kopieren. Vor dem 15. März organisierten sie das Camp der «Studenten, die lernen wollen» im Park gegenüber dem Parlament. Unter ihnen erkannten die Bürger:innen mehrere Reality-TV-Teilnehmer:innen, einen Pornodarsteller und Mitglieder der «Roten Barette», einer Spezialeinheit, die 2003 die Ermordung von Premierminister Zoran Đinđić organisiert und durchgeführt hatte. Es waren nicht viele Studierende zu sehen. Die protestierenden Student:innen reagierten auf alle Nachahmungsversuche mit den Worten: «Es tut uns nicht leid, dass sie unsere Ideen stehlen, sondern dass sie keine eigenen haben.»

### Das Ende?

«Es ist vorbei, wenn wir sagen, dass es vorbei ist», wiederholen die Student:innen als Antwort auf den Präsidenten, der immer wieder ein anderes Datum für das Ende der Proteste nennt. Nach fünf Monaten scheint niemand zu wissen, wann und wie oder wann es wirklich enden wird. Eines ist sicher: Die Bürger:innen sind erschöpft, körperlich und finanziell. Die Lehrer:innen, eine bedeutende Bevölkerungsgruppe, erhielten mehrere

Monate lang statt ihres Gehalts eine Beleidigung – zwischen zwei und hundert Euro. Universitätsprofessor:innen sind in einer etwas besseren Lage, da sie erst seit März ohne Gehalt sind. Der Präsident versprach ihnen Kartoffeln, lieferte aber keine. Auch Eltern von Schulkindern tragen eine schwere Last. Die meisten von ihnen arbeiten (viele im Bildungswesen). Wenn sie von der Arbeit kommen, gehen sie auf die Strasse (Blockaden, Versammlungen, Treffen in der Schule ihrer Kinder). Ausserdem erhalten sie täglich Hunderte von Nachrichten

auf ihren Handys von der Schule und anderen Eltern, die sie nicht ignorieren können.

Und wie geht es den Schüler:innen? Sind sie müde? Einige von ihnen haben an allen grossen «Märschen» teilgenommen. Diejenigen, die sich derzeit mit Fahrrädern Strassburg nähern (sie sind am 3. April in Novi Sad zu ihrer 1400 km langen Reise aufgebrochen), haben ebenfalls mehrere Monate lang Serbien zu Fuss durchquert. Auf die Frage, ob sie müde seien, antworteten sie jedoch stets mit einem gemeinsamen Sprecher: «Niemand ist müde! Wir wissen nicht, was Müdigkeit ist!» Laut einer aktuellen Umfrage unterstützen zurzeit 80 Prozent der Bürger:innen die Student:innenproteste. Die Demonstrationen dauern in etwas kleinerem Umfang an. Heute (19. April, Anm. d. Red.) ist der sechste Tag der Blockade des öffentlich-rechtlichen Rundfunks («Radio-Fernse-

hen von Serbien») durch hunderte, gegen die einseitige, diffamierende Berichterstattung protestierende Bürger:innen. Oppositionsparteien und -bewegungen, politische Analyst:innen und unabhängige Journalist:innen fordern die Studierenden als derzeit stärkste Kraft in der Gesellschaft auf, nicht länger puristisch zu sein, d. h. sich nicht länger von Oppositionsparteien und Politik im engeren Sinne zu distanzieren und zu sagen, was sie wollen: eine Übergangsregierung, die Gründung einer Student:innenbewegung oder eine andere Lösung für die Krise? Die Studierenden wiederholen weiterhin, dass sie nur die Erfüllung ihrer Forderungen wollen. Vielleicht erfahren wir heute mehr, wenn achtzig von ihnen das Ziel ihrer Radtour in Strassburg erreichen, die organisiert wurde, um die EU-Institutionen über ihre Forderungen und ihre Situation in Serbien zu informieren. Während wir auf die Ergebnisse in Strassburg warten<sup>2</sup>, möchte ich mit einem etwas entspannteren, wenn auch nicht optimistischeren Ton schliessen. Im Dezember 2024 fassten die FDU-Studierenden (Fakultät der darstellenden Künste) die Ergebnisse ihrer Proteste wie folgt zusammen:

*Frisch verliebte Studierende: viele*

*Proteste abgehalten: viele*

*Die Universitätskatze: hat etwas zugenommen*

*Forderungen erfüllt: null*

*Einladungen für uns in den öffentlichen Medien zu sprechen: null*

Slavica Miletic,  
literarische Übersetzerin, Belgrad\*

\*Slavica, mit der wir seit vielen Jahrzehnten befreundet sind und zusammenarbeiten, hat diesen Artikel am 18. April für Archipel geschrieben.

1. Ehemaliges Mitglied der Radikalen Partei, deren Vorsitzender und Freund Vojislav Šešelj ist, der seine Strafe vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verbüsst. Ausserdem ehemaliger Minister in der Regierung von Slobodan Milošević.

2. Von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments erhielten die Studierenden die Zusage, dass sie ihre Botschaft an das EU-Parlament weiterleiten werden – aber auch den Hinweis, dass sie nicht zu hohe Erwartungen haben sollten.



# Im Würgegriff einer Autokratie

**Die Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters İmamoğlu am 19. März hat in der Türkei unerwartet eine ebenso riesige wie spontane Protestbewegung ausgelöst, die das Land in seinen Grundfesten erschüttert. Seither demonstrieren Millionen von Menschen gegen die Regierung. Auf den Strassen der Türkei wird der Machtkampf zwischen Demokratie und Diktatur unerbittlich ausgetragen – bisher unentschieden.**

Ausgerechnet der Vorsitzende der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, drängte jüngst auf einen schnellen Abschluss des Gerichtsverfahrens gegen den Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu: «Wenn der Verdächtige unschuldig ist, muss er freigesprochen werden. Wenn er schuldig ist, muss die Strafe unverzüglich und im Einklang mit dem öffentlichen Gewissen verhängt werden», sagte er am vergangenen Montag (7. April, Anm.d.Red.). Der rechtsradikale Politiker, ein engster Verbündeter des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, schien auf einmal ernsthaft besorgt. Die Proteste auf den Strassen, die die Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters vor genau einem Monat ausgelöst hat, sind zwar etwas abgeflaut. Zur Ruhe kommen sie aber nicht. Bahçeli warf der grössten Oppositionspartei, der Republikanischen Volkspartei (CHP), vor, die Türkei in Chaos und Zwietracht stürzen zu wollen.

«Seht auf dieses Meer von Menschen! Seht die zwei Millionen Menschen, die hier versammelt sind!», Özgür Özel, Vorsitzender der grössten türkischen Oppositionspartei CHP, blickte von der Redner-Tribüne auf die Menschenmenge, die sich auf einem riesigen Gelände direkt am Marmarameer eingefunden hatte. «Wir lassen uns nicht einschüchtern!», rief er euphorisch. Er kündigte regelmässige Protestaktionen an – «jeden Samstag in einer türkischen Stadt» – solange bis der inhaftierte Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu freikomme und die Regierung in Ankara vorgezogene Neuwahlen ausrufe. Ohne Proteste drohe dem Land unmittelbar die Abschaffung der Demokratie, warnte Özel seine Zuhörerinnen und Zuhörer.

## Botschaften aus dem Gefängnis

«Wir lassen uns nicht einschüchtern!», antworteten die Teilnehmenden im Chor. Ihre Slogans hallten durch die Strassen Maltepes, das auf der gegenüberliegenden, asiatischen Seite der Metropole Istanbul liegt und traditionell eine Hochburg der regierenden «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung» (AKP) ist. Lautstark forderten die Demonstrierenden «Recht, Gesetz, Gerechtigkeit!» und immer wieder erschallte der Ruf: «Rettung gibt es nicht allein – entweder alle gemeinsam oder keiner von uns!» – frei nach Bertolt Brecht. Einen Tag vor der Demonstration in Maltepe durfte sich Ekrem İmamoğlu in einem Gastbeitrag für die «New York Times» zu den Ereignissen äussern: Recep Tayyip Erdoğan

habe verstanden, dass «er mich nicht an den Urnen schlagen kann», schrieb er. Für die Vorwürfe gegen ihn und sein Team – Korruption, die Führung eines kriminellen Netzwerks und Unterstützung der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – hätten die Behörden keinerlei glaubhafte Beweise. Ähnlich wie der CHP-Vorsitzende in Maltepe warnte auch Ekrem İmamoğlu, in der Türkei drohe nicht nur eine «langsame Erosion der Demokratie», sondern «die absichtliche Zerstörung der institutionellen Grundzüge unserer Republik». Ohnehin sei die «Republik unter Herrn Erdoğan in eine Republik der Angst verwandelt worden», so Ekrem İmamoğlu.

## Evolution der CHP

Die «Republikanische Volkspartei» (CHP) ist die Partei des Republik-Gründers Kemal Atatürk. 1923 gegründet, bezweckte sie nichts weniger als eine Kulturrevolution loszutreten; sie stützte sich dabei auf sechs eiserne Prinzipien. Die zwei wichtigsten davon waren der sogenannte Laizismus und der Nationalismus. Laizismus, einfach erklärt, bedeutete, dass islamische Werte und Kultur im neuen Staat verpönt waren – denn Atatürk wollte einen modernen «westlichen Staat». Der Nationalismus bezog sich primär auf die kurdische Minderheit: Gemäss der kemalistischen Doktrin gab es in der Türkei keine Kurd:innen; sie wurden kurzerhand in «Bergtürken» umbenannt. Aus Protest gegen die grotesken, von oben befohlenen kemalistischen Prinzipien brachen immer wieder Aufstände der gläubigen Muslime oder der Kurd:innen aus. Dreimal putschten die türkischen Generäle und lösten Parlament und Parteien auf, folterten unzählige Bürger:innen in den Gefängnissen – immer im Namen der Rettung der kemalistischen Republik. Die CHP, die sich wie die Generäle als Hüterin der kemalistischen Prinzipien verstand, nahm jedes Mal die Aussetzung der Demokratie in Kauf. Um die Jahrtausendwende herum war sie zu einer kleinen, in sich zerstrittenen Partei im äussersten Westen der Türkei verkommen.

Ausgerechnet Ekrem İmamoğlu half mit, das Gesicht der CHP zu verändern. Als führendes CHP-Mitglied spricht er jenen Teil der türkischen Bevölkerung an, der sich an westlichen Prinzipien und Lebensstilen orientiert. Dazu zählen die breitere Bevölkerung in den urbanen Zen-

tren, Studierende und Intellektuelle. Da er selbst aus konservativen Kreisen stammt, sein Name bedeutet übersetzt «Sohn des Imam», hat er keine Berührungängste mit den gläubigen Massen und geniesst unter ihnen auch grosses Vertrauen. Bei den Kommunalwahlen 2019 bildete er zudem ein Wahlbündnis mit der einzigen pro-kurdischen Partei und konnte die Wahlen in Istanbul gegen Erdoğan's Partei dreimal gewinnen. Die jüngsten Umfragen sahen İmamoğlu's Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2028 gegen Erdoğan voraus.

## Razzien und willkürliche Verhaftungen

Kann sich eine Gesellschaft an willkürliche Polizeirazzien und Verhaftungen im Morgengrauen gewöhnen? Nach dem vereitelten Putsch 2016, den Erdoğan seinem damaligen Rivalen Fethullah Gülen zuschrieb, wurde die Türkei zu einem Polizeistaat umgestaltet: Rund 45.000 angebliche Gülen-Anhänger:innen wurden, teils grundlos, festgenommen, ihre Wohnungen im Morgengrauen von Bereitschaftspolizisten gestürmt, ihr Besitz beschlagnahmt. Für deren Familien bedeuteten die Razzien Jahre der Demütigung, des sozialen Abstiegs und der Angst. Ihr Schicksal berührte aber nur Wenige – sie wurden von der breiteren Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Es folgten Razzien im Morgengrauen gegen kurdische Politiker:innen und Bürgermeister:innen, die allenfalls im Südosten des Landes zu Protesten führten. Auch die Entrechtung einzelner Dissident:innen, etwa von andersdenkenden Professor:innen und Anwalt:innen, schaffte es bestenfalls als kleine Meldung in die oppositionellen Medien.

Am 19. März 2025, kurz vor sieben Uhr morgens, umstellten rund 100 Polizisten die Residenz des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu und führten ihn vor den Augen seiner Kinder wie einen gemeinen Verbrecher ab. Das war der Funke, der das Pulverfass in den Grossstädten entzündete. Während der Proteste der letzten zehn Tage (Ende März/Anfang April, Anm.d.Red.) hat die Polizei nach Angaben des türkischen Innenministers Ali Yerlikaya über 2000 Menschen festgenommen – auf der Strasse oder nach Razzien in ihren Wohnungen. Dazu gehören İmamoğlu's Anwalt Mehmet Pehlivan, Fotoreporter:innen und Journalist:innen, die vor Ort ihre Arbeit machten und natürlich auch Demonstrierende: «Susma, sustukça sıra sana gelecek»,



Pejac, «Lock, Poster and Shutters», Istanbul 2014

«Schweige nicht, denn wenn du schweigst, wirst du der Nächste sein», riefen die Protestierenden, die ihre jugendlichen Gesichter meist hinter einer Maske versteckten. In den schwierigen Tagen der Massenproteste erwies sich der CHP-Vorsitzende Özgür Özel als starke Figur innerhalb seiner Partei. Trotz grossem Druck der Behörden konnte er sie zusammenhalten und darüber hinaus mit seiner scharfen Rhetorik gegen die Regierung die Massen mobilisieren und mitreissen. Er versprach seinen Zuhörerinnen, die Regierung mit täglichen Aktionen dazu zu zwingen, İmamoğlu freizulassen und vorgezogene Neuwahlen auszurufen.

### Drohende Strafen für die CHP-Führung

Die erste Kundgebung fand letztes Wochenende in der türkischen Schwarzmeerprovinz Samsun statt, der Stadt, in der der Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, 1919 den Unabhängigkeitskrieg gegen die alliierten Streitkräfte begann. «Diejenigen, die durch Wahlen an die Macht gekommen sind, wollen die Macht nicht durch Wahlen verlassen – das nennt man einen Putsch», sagte Özgür Özel vor Zehntausenden. Er fügte hinzu, dass die in der letzten Woche gestartete Petition, die die Freilassung von İmamoğlu fordert, fast 10 Millionen Unterschriften gesammelt hat. Als kompetenter, starker Mann der CHP ist Özgür Özel allerdings selber in die Schusslinie der Regierung geraten. In regierungsnahen Presseorganen ist neuerdings von einer umfangreichen Untersuchung gegen Özel die Rede.

### Evolution der AKP

Der Vorwurf steht im Raum, beim letzten Parteitag seien Bestechungsgelder an die Delegierten gezahlt worden, damit diese für Özel stimmten. Gerüchte machen nun die Runde, wonach die Immunität mehrerer CHP-Abgeordneter im Zusammenhang mit diesem

Fall aufgehoben werden könnte. Sollten sich die Gerüchte bewahrheiten, würde womöglich auch Özel hinter Gittern landen und die CHP ohne Führung bleiben. Es war das Versprechen für mehr Demokratie und mehr Rechte für alle, das im Jahr 2002 die islamistische AKP 2002 ins Zentrum des politischen Geschehens der Türkei katapultiert hatte. Die jungen Politiker Erdoğan und sein Vize Abdullah Gül wurden damals zum Motor eines atemberaubenden Demokratisierungsprozesses; die Todesstrafe wurde innerhalb kürzester Zeit abgeschafft, zahlreiche Maulkorbartikel aus dem Pressegesetz gestrichen und die Generalität der Kontrolle der Politik unterstellt. Noch wollten Erdoğan und Gül der Welt beweisen, dass Demokratie und Islam durchaus vereinbar seien. Doch spätestens 2017 war die Türkei unter Erdoğan keine Demokratie mehr: Der Rechtsstaat wurde ausgehöhlt, die Justiz unterjocht und die Medien gleichgeschaltet. Beobachterinnen, wie der renommierte türkische Exil-Journalist Yavuz Baydar, sind davon überzeugt, dass Erdoğan mit der Inhaftierung İmamoğlus die Türkei einen Schritt näher zu den zentralasiatischen Autokratien gebracht hat: Wie in Aserbaidschan, wo eine Opposition lediglich auf dem Papier oder gar nicht existiert, bezwecke «Erdoğan der politischen Opposition der Türkei das Rückgrat zu brechen und sich eine Präsidentschaft auf Lebenszeit zu sichern», sagt Yavuz Baydar. Tatsache ist, dass die massiven Proteste gegen die Haft İmamoğlus die Machtriege um Erdoğan überrascht haben. Das hat zu einem vorläufigen Patt in dieser ersten Runde des Machtkampfs zwischen Demokratie und Autokratie geführt.

### Wie weiter?

Innenpolitisch könnte lediglich die kurdische Nationalbewegung die Rolle als «game-changer» spielen. Die Mitglieder der pro-kurdischen Partei DEM sind schon aufgrund der jahrzehntelangen Repression auf langanhaltende Proteste eingestellt. Die DEM, die drittgrösste Partei des Landes, hält aber diesbezüglich ihre Karten noch verdeckt. Die Demokratiebewegung der Tür-

kei würde die Unterstützung ihrer aussenpolitischen Partnerinnen brauchen. «Zweifellos haben die jüngsten Entwicklungen – Russlands Krieg in der Ukraine, der Sturz des Assad-Regimes im Nachbarland Syrien und die Zerstörungen im Gazastreifen – die strategische Bedeutung der Türkei erhöht, vor allem, wenn man bedenkt, dass sie einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten kann», schrieb Ekrem İmamoğlu in seinem Gastbeitrag für die «New York Times». «Die Geopolitik sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, die Aushöhlung von Werten, insbesondere von Menschenrechtsverletzungen, zu übersehen. Andernfalls riskieren wir, diejenigen zu legitimieren, welche die auf Regeln basierende globale Ordnung Stück für Stück demontieren. Das Überleben der Demokratie in der Türkei ist nicht nur für die Menschen in diesem Land entscheidend, sondern auch für die Zukunft der Demokratie weltweit.»

Ekrem İmamoğlu hat Recht. Es liegt tatsächlich im Interesse der EU, die Augen nicht davor zu verschliessen, was im Moment auf den Strassen der Türkei vor sich geht. Da nach dem Wahlsieg Donald Trumps die EU sich als eine der letzten Bastionen der liberalen Demokratie versteht, darf insbesondere sie keine Abstriche in den Regeln der Demokratie hinnehmen. Andernfalls wird sie riskieren, sich am Rande Europas mit einem Autokraten abzufinden, der für sein Volk und für die EU noch mächtiger und noch unberechenbarer sein wird.

Amalia van Gent\*

\*Amalia van Gent ist Journalistin und Autorin. Ihre Spezialgebiete sind die Türkei und die Kaukasusstaaten. Ausserdem ist sie eine hervorragende Kennerin der Lage des kurdischen Volkes im Nahen Osten. Dieser Artikel wurde in einer ersten Fassung am 2.4.2025 in Infosperber publiziert und jetzt von der Autorin für den Archipel aktualisiert.



Ismet Dogan, The clock, Lack series, 2012



# Die Lektion eines Sieges

**Dieser Artikel ist das Ergebnis eines Aufenthalts in Syrien von November 2024 bis Februar 2025, ganz nah an den Ereignissen, auch während des Sturzes des Regimes. Er wurde von unserem Freund Félix Legrand vor Ort verfasst und stützt sich auf direkte Beobachtungen und Zeugenaussagen aus dem Herzen des Landes über die Umwälzungen im Land unter der islamistischen Miliz «Hai'at Tahrir asch-Scham»<sup>1</sup>.  
Erster Teil**

Während sich der Staub über Damaskus legt, ist es an der Zeit, einen Schritt Abstand zu nehmen und zu versuchen, die Mechanismen des Sieges der Rebellen über al-Assad und die Art der sich herausbildenden Macht zu analysieren. Der Sturz des Regimes kann nicht auf einen blossen Nebeneffekt der Kriege in Gaza und der Ukraine oder auf das strategische Genie eines einzelnen Mannes, Abu Mohammed al-Joulani, mit bürgerlichem Namen Ahmed al-Charaa<sup>2</sup>, reduziert werden. Die am 27. November 2024 von der «Hai'at Tahrir asch-Scham» (HTS) eingeleitete Militäroperation war in Wirklichkeit nur der entscheidende Schlag gegen ein Regime, das durch dreizehn Jahre Krieg gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung politisch, moralisch und wirtschaftlich bereits geschwächt war.

Dieser Sieg ist also nicht nur der Sieg der HTS. Er war nur möglich durch eine tiefgreifende Entwicklung der Diskurse und Praktiken der gesamten revolutionären Bewegung. Die Transformation der HTS ist also weniger auf eine ideologische Entwicklung der Organisation zurückzuführen, sondern eher auf Zugeständnisse, die aus Pragmatismus gegenüber der Gesellschaft und den revolutionären Kreisen in ihrer Vielfalt gemacht wurden. Abgesehen vom Triumph der HTS ist dieser Sieg in mehrfacher Hinsicht vor allem ein syrischer Sieg. Erstens wurde er ohne die Unterstützung externer Akteure errungen, sogar entgegen einem internationalen Konsens, der bestenfalls einen Status quo und schlimmstenfalls eine Normalisierung mit Assad bevorzugte. Es ist auch ein syrischer Sieg, weil die HTS das Regime nicht allein gestürzt hat. Ihre Kämpfer, die zwar den Angriff initiierten, stellten nicht einmal die Hälfte der Teilnehmer der Schlacht im Dezember. Zahlreiche Gruppen der «Freien Syrischen Armee» (FSA) hatten wieder zu den Waffen gegriffen, und es waren die ehemaligen Rebellen aus dem Süden sowie die drusischen Fraktionen, die als erste in Damaskus einmarschierten. Wiederum ein syrischer Sieg, weil die HTS, um zu siegen, am Aufbau eines neuen Einvernehmens arbeiten musste, der sich im Diskurs und teilweise in den Taten niederschlägt.

Die Organisation, die seit mehreren Jahren mit dem internationalen Dschihadismus gebrochen hat, nimmt während der Endschlacht sogar einen nationalen, nicht konfessionellen Diskurs und eine Symbolik an, die zu Beginn der Revolution vorherrschend

waren. In diesem Sinne ist es zwar die HTS, welche die Macht übernommen hat, aber dieser Sieg ist auch jener der authentischen politischen Linie des Aufstands vom März 2011, der sich die HTS wohl widerwillig beugen musste. Das ist der Preis, den die ehemaligen Dschihadisten zahlen mussten, um aus ihrer sunnitischen Enklave Idlib herauszukommen, die dazu verdammt war, ein islamisches Mini-Emirat auf Bewährung zu sein.

Obwohl man sie für besiegt hielt, gelang es den Revolutionären von 2011 also (teilweise), ihre politische Linie den neuen Herren von Damaskus aufzuzwingen. Die revolutionäre Flagge, die in Idlib lange Zeit verboten war, hat sich als einziges Symbol des neuen Staates durchgesetzt. Letztendlich spielt es keine Rolle, ob die jetzige Haltung der HTS aufrichtig ist. Die eigentliche Frage ist, ob die aktuelle politische Linie auf Dauer Bestand haben wird. Um die Situation besser zu verstehen, geht es weniger darum, die doktrinaire Entwicklung der Organisation und ihres Anführers zu analysieren, als vielmehr zu verstehen, wie die Kräfteverhältnisse innerhalb der revolutionären Bewegung und der syrischen Gesellschaft in verschiedenen Phasen des Bürgerkriegs zu dieser Transformation beigetragen haben.

## Der Pragmatismus der HTS

Seit dem Sturz des Assad-Regimes spekulieren viele Analyst:innen über die politische Natur der HTS und die Persönlichkeit seines Anführers, der sich seit seinem Einzug im Präsidentenpalast in Ahmed al-Charaa umbenannt hat. Während sich ein Teil der syrischen Bourgeoisie beruhigt, als sie erfährt, dass er aus einer guten Familie mit nasseristischen politischen Traditionen aus den wohlhabenden Vierteln von Damaskus stammt – als wäre das eine Garantie –, machen sich andere Sorgen über seinen politischen und militärischen Werdegang im irakischen dschihadistischen Widerstand gegen die amerikanische Besatzung und dann als Chef der syrischen Al-Qaida-Sektion. Um die Entwicklung der «al Nusra Front» (dschihadistische Vorläuferorganisation der HTS, Anm.d.Red.) und der HTS im Verlauf des Syrienkonflikts zu verstehen, muss man jedoch vor allem feststellen, dass die Organisation immer Pragmatismus bewiesen hat, und dass ihre politische Ausrichtung weniger von ideologischen und doktrinären Maximen bestimmt wird als von einer Anpassung an

die Zwänge des Umfelds.<sup>3</sup> Es sind also die äusseren Einflüsse, die seit Beginn des Konflikts deren Kurs mitbestimmen. Der Begriff des Pragmatismus in der Politik wird allzu oft mit Mässigung verwechselt, als ob in jedem Kontext die Fähigkeit, Kompromisse einzugehen und seine Ideologie zu verleugnen, die klügste politische Handlung wäre. Wenn wir auf den Werdegang der Bewegung zurückblicken, die al-Joulani während des syrischen Bürgerkriegs anführte, stellen wir im Gegenteil fest, dass nacheinander al-Nusra (2012-2016), dann «Dschabhat Fath asch-Scham» (2016-2017), entstanden aus «al Nusra» nach der Trennung von «Al Qaida», und schliesslich die HTS (2017-2025) es verstanden haben, in dem feindlichen und wettbewerbsorientierten Umfeld der syrischen Rebellion geschickt zu navigieren, zu überleben und sich schliesslich durchzusetzen, zunächst gegen konkurrierende Fraktionen und dann gegen das Regime.

## Zwei wichtige Phasen

Man kann also zwei Perioden während des Konflikts unterscheiden – und wir treten heute mit Sicherheit in eine dritte ein. Die erste Periode (2012-2017) kann als «Avantgarde-Dschihadismus» und die zweite (2017-2024) als «revolutionäres Regieren» (in den von der HTS regierten Gebieten, Anm.d.Red.) bezeichnet werden. Der Übergang von der einen zur anderen erfolgt schrittweise zwischen 2016 und 2020, wobei das Jahr 2017 an sich keinen Bruch darstellt. Die verschiedenen strategischen Entscheidungen zeigen eine Fähigkeit, den Kontext und die Kräfteverhältnisse zu verstehen, welche die Organisation dazu veranlassen, Entscheidungen aus pragmatischen Gründen zu treffen. Diese Entscheidungen führen dazu, dass sie sich einerseits zunächst in Richtung eines islamistischen und militaristischen Vorgehens entwickelt, weil der Kontext dies erfordert, und andererseits in Richtung einer Öffnung gegenüber der Gesellschaft und dem Rest der revolutionären Bewegung.

Kommen wir auf die erste Periode zurück, in der sich die pragmatische Radikalität von «al-Nusra» durch zwei wesentliche Elemente auszeichnete: die Abgrenzung von anderen Rebellengruppen durch die Weigerung, mit dem Regime über eine Deeskalation zu verhandeln, und eine ideologische Eskalation des Dschihadismus. Auch hier sind es der Kontext und die Kräfteverhältnisse ausserhalb der Organisation, die uns ein Verständnis dieser Entscheidungen ermöglichen. Die Unnachgiebigkeit der Gruppe bei der Verweigerung von Verhandlungen mit dem Regime und die Beibehaltung einer militaristischen Linie erscheint heute als eine vernünftige Entscheidung angesichts eines Regimes, das keine seiner Verpflichtungen eingehalten und die Rebellengruppen, mit denen es verhandelte, nacheinander zerstört hat<sup>4</sup>. Während die Staaten, die vorgaben, die Rebellion zu unterstützen, die sogenannten «gemässigten» Fraktionen unablässig zu Verhandlungen drängten, die zum Scheitern verurteilt waren, etablierte sich «al-Nusra» als Monopolinhaberin einer Position, die als authentisch revolutionär angesehen wurde, nämlich diejenige, die den vollständigen Sturz des Regimes anstrebte. In diesem Zusammenhang scheint

die pragmatischste Position daher die radikalste zu sein. Auf ideologischer Ebene sind die Jahre 2012 bis 2017 auch von einer islamistischen Eskalation geprägt, welche die gesamte Rebellion trifft<sup>5</sup>: eine Dynamik, die sich weitgehend durch die Konfessionalisierung des Konflikts sowohl auf Seiten des Regimes als auch der Rebellion mit der Intervention externer Gruppen – Hisbollah, Iran, ausländische Dschihadisten – erklärt, und vor allem ab 2013 bis 2014 mit der Konkurrenz, die der «Islamische Staat» (IS) den anderen Fraktionen auferlegt hat.

Der Aufstieg des IS treibt die anderen islamistischen Akteure der Rebellion in einen unausweichlichen ideologischen Wettstreit, um nicht Kämpfer und Finanzmittel an diesen selbstdeklarierten «Staat» zu verlieren, der anfangs einen Sieg nach dem anderen einfährt. Auch hier bestimmt der Kontext die strategischen Entscheidungen und treibt «al-Nusra», die Vorläuferin der HTS, zu einer Radikalisierung ihrer Positionen, zu einer Bekräftigung ihrer Verbindungen zu «al-Qaida» sowie zur Einbindung von Führungskräften des internationalen Dschihad auf hoher Ebene. In diesem Zusammenhang intensiviert diese Organisation im Zeitraum von 2014 bis 2016 die Liquidierung von Gruppen der «Freien Syrischen Armee» (FSA) im Norden des Landes, insbesondere von nicht-islamistischen Fraktionen.

### Eine veränderte Situation

Ab 2016 bis 2018 treten zuerst «Dschabhat Fath asch-Scham» und als Nachfolgerin dann die HTS in eine ganz andere Phase ein; noch deutlicher wird dies ab 2020. Das Umfeld, das bis dahin die Positionierung der HTS bestimmte, ändert sich radikal und man beobachtet zu dieser Zeit eine signifikante Entwicklung sowohl im Diskurs als auch in der Praxis der Organisation. Dies ist das Resultat von folgender Konstellation: Das Regime organisiert zwischen 2016 und 2018 die Eva-

kuierung der belagerten Rebellengebiete in Aleppo, Damaskus, Homs und Deraa; dann im Jahr 2020 kommt es zur Flucht und Vertreibung der Bevölkerung aus dem Süden der Provinz Idlib. In all diesen erwähnten Gebieten war die Präsenz dschihadistischer Gruppen viel geringer als weiter im Norden. Die erzwungene massive Ankunft im nördlichen Idlib einer stark politisierten und in der revolutionären Bewegung verankerten Bevölkerung, die grösstenteils nichts mit einer dschihadistischen Ideologie zu tun hat, verändert die Situation für die HTS, die gleichzeitig ihre sogenannte «Heilsregierung» einsetzt, um die unter ihrer Kontrolle stehenden Gebiete zu verwalten. Diese Periode fällt auch mit der Niederlage des IS zusammen, der 2017 Ar-Raqqa und 2019 seine letzte Bastion in Baghuz verliert, aber auch vor allem politisch unglaubwürdig geworden ist.

Die HTS steht nun weniger unter dem Druck der weitgehend geschwächten dschihadistischen Kreise als vielmehr unter dem Einfluss einer Bevölkerung, die nun unter ihrer direkten Verwaltung steht und deren Zusammensetzung sich mit dem massiven Zustrom von nicht-dschihadistischen Revolutionären deutlich verändert hat. Damit wird der HTS eine politische Linie aufgezwungen, die weit von ihrer ursprünglichen Ideologie entfernt ist.

### Konzessionen und Dialog

Ein weiterer wesentlicher Faktor im Entwicklungsprozess der HTS ist schliesslich der Waffenstillstand von 2020 unter russisch-türkischer Garantie. Nach einer grossen Offensive des Regimes im Winter 2019 bis 2020 – welche die von der HTS gehaltene Rebell-Enklave deutlich verkleinert – wird dieser Waffenstillstand unterzeichnet und ausnahmsweise vom Regime relativ eingehalten. Die HTS erlaubt russischen und türkischen Soldaten, auf dem von ihr kontrollierten Gebiet nahe der Frontlinie zu patrouillie-

ren, um die Einhaltung des Abkommens zu gewährleisten – eine Tatsache, die fast fünf Jahre lang eine gewisse Stabilität ermöglicht. Diese Vereinbarung ist unter Inkaufnahme eines erheblichen Zugeständnisses geschlossen worden, das darin besteht, dass die Organisation, die zuvor mit «al-Qaida» verbunden war, türkische und russische Patrouillen eskortieren muss, also von zwei Ländern, die dschihadistische Kreise als Feinde ansehen. Dies ruft den Widerstand der radikalsten Elemente auf den Plan, wie von denjenigen, die «al-Qaida» die Treue gehalten haben. Wiederholt versuchen sie, diesen Waffenstillstand zu brechen. Diese Dissidenten werden von der HTS jedoch wirksam ausgesondert und unterdrückt. So zeigt sich, dass bestimmte Entscheidungen, die aus reinem Pragmatismus getroffen wurden (Waffenstillstand, Bruch mit «al-Qaida», Handreichung an Minderheiten), letztendlich eine echte strukturelle Veränderung der Organisation bewirken, indem die radikalsten Elemente, die sich diesen Zugeständnissen widersetzen, einfach ausgeschlossen oder liquidiert werden.

Diese Transformation, die ab 2020 deutlich wird, zeigt sich in Bezug auf die Verwaltung der Gebiete in der schrittweisen Verbreitung der dreistufigen Flagge der Revolution und einer erhöhten Toleranz gegenüber Gegenpolen und einer autonomen Zivilgesellschaft. Die Regierungsform der HTS in Idlib bleibt autoritär und zentralisiert, weit entfernt von den Selbstorganisationsversuchen der Bürgerräte zu Beginn der Revolution, aber die Haltung der Behörden öffnet sich dem Dialog mit der Gesellschaft und macht Zugeständnisse. Es finden regelmässig Demonstrationen und Streiks statt, entweder um die Politik der HTS zu kritisieren oder um die Eröffnung einer Front gegen das Regime zu fordern. In den zwei Jahren vor der Eroberung von Damaskus werden viele Aktivist:innen, die sich historisch gegen «al-Nosra» und dann gegen die HTS gestellt haben und von denen



In den Libanon geflüchtet und seit dem Sturz des Regimes zum ersten Mal wieder in Syrien: Der Schock ist enorm. Alles ist zerstört: der Hof, die Bäume, die Pflanzungen.



einige inhaftiert waren, nun regelmässig von den Führern der Bewegung konsultiert, und zwar mehrfach von al-Joulani selbst.

Ein letztes markantes Element dieses Wandels ist schliesslich die Öffnung gegenüber den kleinen christlichen und drusischen Gemeinschaften in Idlib, die unterdrückt und teilweise vertrieben worden waren. Dabei handelt es sich nicht um eine reine PR-Aktion, wie es oft dargestellt wurde. Vielmehr ist ein Prozess der Rückgabe beschlagnahmter Güter sowie eine ernsthafte Verpflichtung zur Gewährleistung der Sicherheit in Gang gekommen, die eine schrittweise Rückkehr der Bevölkerung und den Aufbau von Verbindungen zu den aufständischen drusischen Gemeinschaften im Süden sowie zu christlichen Gemeinschaften in anderen Regionen ermöglicht haben. Dabei handelt es sich um Verbindungen, die sich in der Endphase von November-Dezember 2024 als entscheidend erweisen sollten. Die Zeit der Revolutionsregierung (2020-2024), die durch eine teilweise Rückbesinnung der HTS auf die revolutionäre Linie von 2011 gekennzeichnet war, hat somit die Grundlagen für die Methode gelegt, die bei der Blitzoffensive Ende 2024 zum Einsatz gekommen ist.

### Die HTS-Methode für den Sieg

Der Sieg der Rebellen im Dezember 2024 kann nicht als ein rein militärischer Sieg einer Armee über eine andere verstanden werden. Das Regime ist zuletzt von selbst, praktisch völlig kampfflos, zusammengebrochen. Die Schwächung der Hisbollah und der teilweise Rückzug der Russen reichen nicht aus, um dieses Debakel des Regimes zu erklären. Die zahlreichen geheimen Stützpunkte der iranischen Milizen, die nach dem Endkampf entdeckt wurden, waren voller Waffen, und trotz der Reduzierung ihrer militärischen Kapazitäten versuchten die Russen tatsächlich, ihre Luftwaffe wieder einzusetzen, und hätten die auf Damaskus vorrückenden

Rebellenkolonnen, die keine Luftabwehrwaffen hatten, sehr wohl zerstören können. Dies wäre umso einfacher gewesen, wenn es den Kämpfern des Regimes gelungen wäre, der Offensive standzuhalten und eine feste Frontlinie zu schaffen, die aus der Luft leicht hätte anvisiert werden können. Wie die Russen jedoch selbst erklärt haben, können sie Assad nicht retten, wenn seine Soldaten ihre Stellungen aufgeben<sup>6</sup>. Diese allgemeine Räumung der Stellungen lässt sich eher durch die politischen Manöver der HTS als durch ihre rein militärischen Fähigkeiten erklären.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass sich der syrische Militärapparat in den letzten Jahren des Konflikts im Zuge der Dynamik der Privatisierung und Destrukturierung des Staatsapparats durch das Regime allmählich «miliziert» hatte. Von nun an fungierten die Einheiten der regulären Armee als Hilfstruppen für die Milizen und nicht umgekehrt. Diese Milizen, oft nach ethnisch-religiöser Zugehörigkeit organisiert und unter ausländischer Führung, kämpften gegen einen sunnitischen Feind, der als existenzielle Bedrohung empfunden wurde. Die Mobilisierung der ethnisch-religiösen Minderheiten hatte es bisher ermöglicht, die sunnitischen Gebiete einzudämmen, so sehr, dass es den Rebellen selbst auf dem Höhepunkt ihrer Macht nie gelungen war, über eine von den Minderheiten markierte Verteidigungslinie hinauszugehen. Im Norden des Landes verlief diese Linie unterhalb der christlichen und alawitischen Dörfer nördlich und westlich von Hama. Während der Offensive im Winter 2024 kämpften die Milizen der beiden Minderheiten aber erstaunlicherweise nicht mehr. Um dieses Abkommen zu verstehen, muss man die Ereignisse Schritt für Schritt nachvollziehen.

Der erste Schritt zur Zerstörung des Narrativs des Regimes erfolgt durch die Mobilisierung der Drusen ab Sommer 2023. Schnell erklärt sich der Aufstand in Suwaida soli-

darisch mit den Rebellen in Idlib und stellt Kommunikationswege zwischen den beiden Provinzen her. Die Propaganda von einer sunnitischen Rebellion gegen die Minderheiten funktioniert plötzlich nicht mehr und das Regime beginnt bereits, eine Ansteckung innerhalb der alevitischen Gemeinschaft zu befürchten. Gleichzeitig ermöglicht die von der HTS den Christen und Drusen von Idlib gereichte Hand die Schaffung neuer Kontaktstellen, die für die Koordinierung des Vorrückens der HTS nützlich sein werden. Die zweite Etappe findet während der ersten Phase des Endkampfes statt, mit der überraschenden Eroberung von Aleppo. Die HTS zwingt seinen Kämpfern eine eiserne Disziplin auf und vermeidet so die von allen erwarteten Ausschreitungen. Eine unbewaffnete Delegation von HTS-Vertretern betritt die christlichen Viertel von Aleppo, um sich an die Bevölkerung zu wenden und sie aufzufordern, ihre Geschäfte zu öffnen, einschliesslich der Weihnachtsmärkte und der Restaurants, die Alkohol verkaufen. (...) Die dritte Etappe findet zum Zeitpunkt der Einnahme der Provinz Hama statt und stellt den eigentlichen Wendepunkt dar. Die christlichen, alawitischen und in geringerem Masse ismaelitischen Milizen fliehen kampfflos, meist unter dem Druck der lokalen Bevölkerung und der Anführer der Gemeinschaften, die seit der Schlacht von Aleppo verstanden haben, dass die HTS letztlich keine Bedrohung darstellt, und die in einigen Fällen direkte Kontakte zur Rebellion hergestellt hatten. (...)

Die Einnahme von Hama – und vor allem der dortigen alawitischen und christlichen Gebiete – durch die HTS, ohne Widerstand oder Übergriffe, stellt einen echten Wendepunkt in der Offensive dar. Von diesem Moment an ist klar, dass die Tage des Regimes gezählt sind. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin, «al-Nusra», nahm die HTS die Ängste der Minderheiten ernst, setzte (zumindest während des Endkampfes) auf eine natio-

nale, inklusive Rhetorik und Symbolik und vermied Übergriffe. Ohne dies wäre es dem Regime sehr wahrscheinlich gelungen, seine Kräfte für eine letzte Verteidigung zu mobilisieren, die Fronten nördlich von Hama zu festigen und möglicherweise der russischen Luftwaffe eine Neuaufstellung zu ermöglichen. Der mit den Gemeindevorstehern koordinierte Einmarsch und das Ausbleiben von Übergriffen gingen mit einer schnellen Wiederherstellung von verschiedenen öffentlichen Diensten in den neuen befreiten Gebieten einher, die sich sowohl auf die Wiedereröffnung bestimmter staatlicher Verwaltungen als auch auf den Einsatz des Verwaltungsapparats der «Heilsregierung» von Idlib stützte.

## Eine neue Phase

Es ist daher einleuchtend, dass die Veränderung der HTS und ihrer politischen Strategie vor und während der siegreichen Offensive im Dezember 2024 entscheidender war als die militärischen Aspekte. Aber mit der Machtübernahme treten Ahmed al-Charaa und

seine Organisation in eine neue Phase ein. Zu diesem Zeitpunkt ist es noch zu früh, um die Art der neu eingesetzten Macht zu verstehen. Zwar scheint die Bewegung ihren Kurs weg von ihrer dschihadistischen Vergangenheit zu bestätigen, aber diese politische Neuausrichtung erfolgt durch die autoritäre Konsolidierung einer Macht, deren vorübergehender Charakter sich zu verfestigen droht.

Félix Legrand, CAREP\*

Im nächsten Teil geht es um die aktuelle Situation in Syrien seit Dezember 2024 bis heute

\*Centre arabe de recherches & d'études politiques (Arabisches Zentrum für politische Forschung und Studien), 12, rue Raymond Aron 75013 Paris, contact@carep-paris.org +33 (0)1 43 45 45 94

Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Position des CAREP Paris wider.

1. Komitee zur Befreiung der Levante bzw. auch Organisation zur Befreiung Syriens, (oft auch in englischer Transkription «Hayat Tahrir al-Sham»): ein islamistisches Bündnis verschiedener Milizen, die gegen Al Assad gekämpft haben.

2. In diesem Artikel verwenden wir den Namen «Abu Mohammed al-Joulani» für die Zeit vor dem 8. Dezember – der Einnahme von Damaskus – und «Ahmed al-Charaa» für die Zeit danach.

3. Jérôme Drevon und Patrick Haenni, «How Global Jihad Relocates and Where it Leads. The Case of HTS, the Former AQ Franchise in Syria», EUI Working Papers, Robert Schuman Centre for Advanced Studies – The Middle East Directions Programme, European University Institute, 2021.

4. «La Stratégie de Jabhat al-Nusra – Jabhat Fath al-Sham face aux trêves en Syrie», Noria Research, 2. Oktober 2016. www.noria-research.com/fr/strategie-treves-syrie/

5. Félix Legrand, «Foreign Backers and the Marginalization of the Free Syrian Army», Arab Reform Initiative, 13. November 2016. www.arab-reform.net/publication/foreign-backers-and-the-marginalization-of-the-free-syrian-army/

6. Ahmad Abazeid und Thomas Pierret, «Les Rebelles syriens d'Ahrar al-Sham. Ressorts contextuels et organisationnels d'une déradicalisation en temps de guerre civile», Critique internationale, 78, 2018, S. 63-84.

## PROZESS PINAR SELEK

# Keine Verfolgung durch Interpol

**Die letzte Anhörung in dem politischen Prozess gegen die Soziologin, Schriftstellerin und feministische Aktivistin Pinar Selek fand am 25. April vor dem 15. Strafgericht in Istanbul statt.**

Das kafkaeske Verfahren zieht sich inzwischen seit 26 Jahren hin. Nach vier Freisprüchen wurde sie vor zwei Jahren erneut vor Gericht gestellt. In der vorherigen Verhandlung am 7. Februar dieses Jahres hatten die neu ernannten Richter beschlossen, den Haftbefehl gegen Pinar Selek aufrechtzuerhalten, das Ergebnis des Antrags auf eine «Red Notice»<sup>1</sup> (Rote Ausschreibung) bei Interpol abzuwarten und das türkische Justizministerium zum Stand des Rechtshilfeersuchens an

Frankreich (wo Pinar Selek lebt) zu befragen.

In der jüngsten Verhandlung am 25. April gab es nur eine – für dieses Mal positive – Neuigkeit: Interpol hat mit einem offiziellen Schreiben das Ersuchen um eine «Red Notice» gegen Pinar Selek abgelehnt. Das bedeutet, dass Interpol die Anklage als unglaubwürdig betrachtet. Obwohl dieses Schreiben in den Akten Eingang gefunden hat, ordnete das Gericht an, weiterhin das Ergebnis des Antrags auf eine «Red notice» abzuwarten.

Kafka lässt grüssen! Ausserdem beschloss es, den internationalen Haftbefehl gegen Pinar aufrechtzuerhalten. Der Prozess wurde auf den 21. Oktober 2025 um 10:45 Uhr vertagt.

Wiederum war eine grosse internationale Delegation zur Prozessbeobachtung anwesend. Sie bestand aus Abgeordneten, Bürgermeisterinnen, Anwältinnen, Akademikerinnen und Aktivistinnen, Die stellvertretenden Konsule Frankreichs und der Schweiz waren ebenfalls präsent, genauso wie die türkischen Abgeordneten Türkan Elçi, Özgül Saki und Filiz Kerestecioğlu sowie Vertreterinnen von Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir rufen alle dazu auf, weiterhin Recht und Gerechtigkeit zu fordern und sich für den endgültigen Freispruch von Pinar Selek einzusetzen.

Plattform «Wir sind alle Zeug-innen»

1.«Red Notice» (Rote Notiz oder Rote Ausschreibung): ein weltweites, an Gesetzesvollstrecker gerichtetes Ersuchen, eine Person mit anhängiger Auslieferung zu lokalisieren und provisorisch festzunehmen. „Red Notices“ werden auf Antrag eines Mitgliedsstaates von Interpol veröffentlicht. Eine „Red Notice“ ist jedoch kein internationaler Haftbefehl. (Nach: www.teichmann-law.ch/rechtsanwalt/interpol-red-notice.html)

### Archipel

Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1115,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch@forumcivique.org

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezná Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at@forumcivique.org

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de@forumcivique.org

Frankreich:  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr@forumcivique.org

Ukraine:  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nischrje Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua@forumcivique.org